

Editorial: Wachsende Zuversicht,
aber kein Grund zum Jubeln

Konjunkturprognose 2004: Deutliche Belebung

Bewertung von Arbeitsmarktinterventionen
im Rahmen des ESF

Vertrauen in der Wirtschaft – Konferenzbericht

Was ist zu tun? – Wirtschaftspolitische Agenda

Neuerscheinungen: RWI : Materialien

Interna: Leibniz-Nachwuchsförderpreis
für Michael Fertig – FGF/bifego
Gründungsforschungspreis für Dirk Engel

Nr. 4/2003



Wachsende Zuversicht, aber kein Grund zum Jubeln

Die deutsche Wirtschaft blickt nun zuversichtlicher in die Zukunft. Die Weltwirtschaft expandiert kräftiger, als noch vor einiger Zeit angenommen. Dies ließ hierzulande fast alle Erwartungsindikatoren nach oben schnellen. Doch für überschäumende Hoffnungen gibt es keinen Anlass: Impulse kommen erneut überwiegend aus dem Ausland, die Binnennachfrage hingegen wächst weiterhin nur sehr schwach.

Nun ist es an der Wirtschaftspolitik, die Weichen für eine höhere Wachstumsdynamik in Deutschland zu stellen. Die Bundesregierung hat in der „Agenda 2010“ Strukturereformen angekündigt, realisiert werden konnte indes bisher wenig. Auch plant die Regierung, die Senkung der Einkommensteuer auf 2004 vorzuziehen. Damit versucht sie, wachstums- und konjunkturpolitischen Zielen gerecht zu werden, aber auch Nachfrageausfällen aufgrund der Strukturereformen zumindest kurzfristig entgegen zu wirken. Im Grundsatz ist eine solche Strategie sinnvoll. Langfristiges Ziel muss aber eine nachhaltige Senkung der Staatsquote sein, und dies ist mit niedrigeren Steuern und Abgaben alleine nicht zu erreichen, sondern es müssen auch Einschnitte bei den Ausgaben erfolgen.

Hier jedoch liegt die Schwachstelle der Finanzpolitik: Sie konnte bislang kein glaubwürdiges Konzept für eine Senkung der konsumtiven Staatsausgaben – also von Subventionen, Steuererleichterungen



und Transfers – durchsetzen. Dies ist aber dringend erforderlich, um zu verdeutlichen, wie der Haushaltsfehlbetrag auf mittlere Sicht spürbar reduziert und gleichzeitig wachstumspolitisch gebotene Investitionen in Bildung und Infrastruktur erhöht werden sollen.

Wird ein solches Konzept bald verabschiedet, dann kann in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation ein nochmaliges Überschreiten des Defizit-Kriteriums von Maastricht in Kauf genommen werden. Bleibt die Politik ein solches Konzept schuldig, dann wäre der Stabilitätspakt nicht nur beschädigt, sondern dies wäre sein Ende.

Roland Döhrn

Aus der Forschung

Konjunkturprognose für 2004: Deutliche Belebung

Die Konjunktur in Deutschland hat sich in der zweiten Hälfte dieses Jahres belebt. Anregungen gingen allerdings – trotz der Aufwertung des Euro – allein vom Ausland aus. Die Inlandsnachfrage hingegen sank leicht, insbesondere wegen rückläufiger Ausrüstungsinvestitionen. Der private Verbrauch nahm nur wenig zu. Alles in allem stagnierte 2003 das reale Bruttoinlandsprodukt. Die Beschäftigung verringerte

sich dabei weiter, wenn auch langsamer als zuvor. Die Zahl der Arbeitslosen ging gleichwohl seit der Jahresmitte saisonbereinigt etwas zurück, in erster Linie aufgrund von Bereinigungen der Statistik. Bei alledem blieb das Preisklima ruhig.

Der weltwirtschaftliche Aufschwung hat sich inzwischen deutlich gefestigt. In den Vereinigten Staaten wächst die Wirtschaft

sehr kräftig. Bei steigender Industrieproduktion und Beschäftigung steht die Expansion auf breiter werdender Basis, selbst wenn der überaus hohe Zuwachs des BIP von – annualisiert – mehr als 8 % im dritten Quartal eine Ausnahme gewesen sein dürfte. Auch die asiatischen Länder und die Reformländer in Mitteleuropa wachsen recht robust. Vor allem aber hat sich die Konjunktur in der EU, und damit auf dem wichtigsten Absatzmarkt für deutsche Waren, wieder belebt. So stehen die Zeichen für ein Anhalten des Exportaufschwungs günstig, trotz der Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar.

Die Impulse durch die steigenden Ausfuhren greifen nach und nach auf die Inlandsnachfrage über und lassen insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen wieder zule-

gen. Der private Verbrauch wird wegen der Entlastung durch die zweite und die vorgezogene dritte Stufe der Einkommensteuerreform vorübergehend etwas anziehen, im Verlauf des Jahres allerdings nur verhalten expandieren, weil es zur Finanzierung der Steuerreform zu Einschnitten bei Transfers und Subventionen kommen dürfte. Abzuwarten bleibt, wie weit es der Finanzpolitik gelingt, das Vertrauen der Verbraucher und Investoren zurück zu gewinnen. Der Staatsverbrauch wird aufgrund der Sparzwänge in den öffentlichen Haushalten und wegen der Gesundheitsreform voraussichtlich stagnieren. Für den Baubereich erwarten wir, dass die Talfahrt gestoppt ist. Das reale BIP wird unter diesen Annahmen 2004 um 1,8 % höher ausfallen als in diesem Jahr; allerdings wird er Anstieg dadurch überzeichnet, dass 2004 mehr Arbeitstage zur Verfügung stehen, was allein schon rein rechnerisch das BIP um ½ % erhöht.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich voraussichtlich erst allmählich bessern, da viele Unternehmen zunächst Kurzarbeit vermindern, Arbeitszeitkonten und Überstunden nutzen, bevor sie neue Arbeitskräfte einstellen. Die neuen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik – insbesondere Personalserviceagenturen und Förderung von Minijobs – dürften bei anziehender Konjunktur zwar deutlich stärker in Anspruch genommen werden als in diesem Jahr. Jedoch wird dies nicht verhindern können, dass die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt nochmals leicht sinkt. Die Zahl der Arbeitslosen geht gleichwohl zurück, weil die Bereinigung der Statistik fortgeführt wird. Die Inflationsrate dürfte 2004 etwas höher liegen als in diesem Jahr, u.a. wegen der Maßnahmen zur Finanzierung der Gesundheitsreform; in der Grundtendenz bleibt das Preisklima aber ruhig.

Eckwerte der RWI-Konjunkturprognose vom Dezember 2003

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2002	2003 ^s	2004 ^s
Verwendung¹			
Konsumausgaben	-0,3	0,1	0,9
Private Haushalte ²	-1,0	0,0	1,3
Staat	1,7	0,3	-0,2
Anlageinvestitionen	-6,7	-3,3	2,2
Ausrüstungen	-9,1	-3,6	3,8
Bauten	-5,8	-3,7	0,8
Sonstige Anlagen	1,6	1,7	4,1
Vorratsveränderung, in Mrd. €	-22,0	-12,2	-8,8
Inlandsnachfrage	-1,6	-0,1	1,4
Außenbeitrag, in Mrd. €	101,1	102,1	112,8
Ausfuhr	3,4	1,2	5,6
Einfuhr	-1,7	1,3	4,8
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,0	1,8
Erwerbstätige ³ , in 1000	38 668	38 200	38 150
Arbeitslose ⁴ , in 1000	4 060	4 385	4 260
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	9,5	10,3	10,1
Verbraucherpreise ⁶	1,4	1,1	1,4
Lohnstückkosten ⁷	0,7	1,0	0,0
Finanzierungssaldo des Staates ⁸			
in Mrd. €	-74,3	-85,0	-80,0
in % des BIP	-3,5	-4,0	-3,6
Leistungsbilanzsaldo ⁹ , in Mrd. €	59,7	30,0	40,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Arbeit. – ¹In Preisen von 1995. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Im Inland. – ⁴Nationale Abgrenzung. – ⁵Bezogen auf inländische Erwerbspersonen. – ⁶Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. – ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁸In der Abgrenzung der VGR. – ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. – ^sEigene Schätzung.

Bei dem erwarteten Wirtschaftswachstum und aufgrund des Vorziehens der dritten Stufe der Steuerreform wird das Budgetdefizit 2004 nur wenig sinken; der Finanzierungssaldo wird nach unserer Einschätzung mit $-3,6\%$ in Relation zum BIP erneut die Obergrenze des Maastrichter Vertrages erheblich überschreiten. Defizit mindernd wirken Einsparungen bei Personalausgaben und Transfers sowie der Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen, vermindert wird der Restriktionsgrad der Finanzpolitik jedoch durch die Steuerreform.

Alles in allem haben sich die Abwärtsrisiken der Prognose was das internationale Umfeld angeht gegenüber der Einschätzung von Juli dieses Jahres verringert. Ein nach wie vor beträchtliches Risiko bergen aber die globalen Ungleichgewichte. Insbesondere dürfte sich das hohe Außenhandelsdefizit der USA eher noch vergrößern. Dies kann in Verbindung mit deren ebenfalls wachsendem Budgetdefizit – anders als in dieser Prognose unterstellt – eine kräftige und abrupte Abwertung des Dollar oder eine protektionistischere Handelspolitik der USA nach sich ziehen. Beides würde die Weltwirtschaft erheblich belasten.

ESF-Halbzeitbewertung: Die generelle Richtung stimmt, leichter Kurswechsel erforderlich

In seiner Halbzeitbewertung sieht das RWI die Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds in Deutschland auf einem guten Weg. Im Detail enthält die Evaluation jedoch auch zahlreiche Vorschläge für Veränderungen. So sollte die Weiterbildung von Beschäftigten und Jugendlichen mit Geldern der EU im Rahmen des lebenslangen Lernens ausgebaut werden. Kosten- und Qualitätskontrollen sowie Zertifizierung von Projektträgern auch auf Länderebene könnten helfen, die EU-Gelder noch effizienter einzusetzen.

Der Europäische Sozialfonds (ESF) unterstützt die EU-Mitgliedstaaten bei der Entwicklung ihrer Arbeitsmärkte und Humanressourcen. Mit einem Fördervolumen von ca. 16,5 Mrd. € in der Periode 2000 bis 2006 macht er 5 % des Volumens der gesamten Arbeitsmarktpolitik in Deutschland aus. Mit diesen Mitteln wurden in den Jahren 2000 bis 2002 ca. 1 Million Maßnahmeteilnehmer gefördert.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit hat das RWI in Kooperation mit dem Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen (SÖSTRA Forschung-GmbH) und Prof. Dr. Gerd Ronning von der Eberhard-Karls-Universität Tübingen eine Halbzeitbewertung

vorgenommen. Sie ist Teil der „Evaluation der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds in Deutschland in der Förderperiode 2000–2006 (EPPD Ziel 3 und OP des Bundes Ziel 1)“. Ziel dieser Halbzeitbewertung ist es, den Verlauf und die Wirkungen der bisherigen Förderung zu beurteilen und Vorschläge für Verbesserungen zu machen.

Die Evaluation basiert unter anderem auf einer Analyse der Ergebnisse des Programm-Monitorings, Expertengesprächen sowie einer schriftlichen Befragung von Teilnehmern an geförderten Projekten (insgesamt rund 40 000 Befragte). Auf dieser Basis wurden die so genannten Bruttoeffekte der ESF-Förderung ermittelt. Ergänzend wurden für zwei Förderinstrumente (Weiterbildung von Arbeitslosen und beschäftigten Arbeitnehmern) Vergleichsgruppenanalysen durchgeführt, welche die Ermittlung von Nettoeffekten ermöglichten.

Nicht immer wurden alle Mittel abgerufen

Der Verlauf hinsichtlich der Teilnahme und Ausgaben war insgesamt sehr zufrieden-

den stellend. Die vorgesehenen Teilnehmerzahlen an den Maßnahmen wurden im Wesentlichen erreicht bzw. sogar übertroffen. Vollzugsdefizite zeigten sich allerdings im Politikbereich D (Anpassungsfähigkeit und Unternehmergeist, insbesondere Förderung von Existenzgründungen und betrieblicher Weiterbildung); auch in den Bereichen B (Gesellschaft ohne Ausgrenzung, Maßnahmen für Langzeitarbeitslose) und C (Berufliche und allgemeine Bildung, lebenslanges Lernen) wurden nicht alle verfügbaren Gelder abgerufen. Gemessen an der Finanzplanung war hingegen der Politikbereich A (Aktive und präventive Arbeitsmarktpolitik) stark überrepräsentiert.

Insgesamt wirksame Förderung

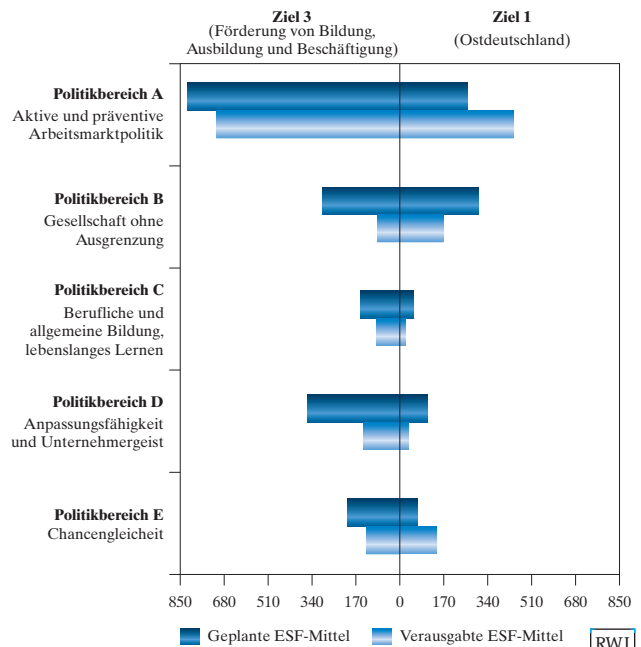
Die Evaluierung kommt zu einem positiven Bild in Hinblick auf die Wirksamkeit der Förderung. Dies gilt auch für zwei Vergleichsgruppenuntersuchungen, in denen der Arbeitsmarkterfolg von Maßnahmeteilnehmern mit dem von Nichtteilnehmern verglichen wurde. Die Analysen zeigen, dass diese Teilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen eine höhere Wahrscheinlichkeit hatten, einen Arbeitsplatz zu finden, als Nichtteilnehmer. Auch die Weiterbildungsmaßnahmen verbessern in der Einschätzung der Teilnehmer die Aufstiegschancen und die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Insgesamt ist den ESF-Interventionen also zu bescheinigen, dass sie die Beschäftigungsfähigkeit erhöhen und Existenzgründungen fördern. Die Richtung stimmt, im Detail sind allerdings viele Verbesserungen möglich.

Notwendige Umorientierung der Förderung

Die Zielsetzung des ESF ist, in Ergänzung zu der staatlichen Arbeitsmarktpolitik zur

Umsetzung der europäischen Beschäftigungsstrategie beizutragen. Deren neu formulierten Ziele sind Vollbeschäftigung, Steigerung der Arbeitsplatzqualität und -produktivität und Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Der ESF agiert dabei insbesondere in „Lücken“ der staatlichen Arbeitsmarktpolitik.

Ausgaben in der ESF-Förderung nach Politikbereichen und Maßnahmen
2000 bis 2002; in Mill. €



Eigene Berechnungen.



Das sozioökonomische und arbeitsmarktpolitische Umfeld hat sich seit Beginn der Förderperiode allerdings stark verändert. Mit den Hartz-Gesetzen wird in der nationalen Arbeitsmarktpolitik dem Vollbeschäftigungsziel (Politikbereich A) Vorrang eingeräumt. Hinsichtlich der Gesamtstrategie wird als Ergebnis der Evaluierung daher eine Umorientierung empfohlen. So sollten die ESF-Mittel insbesondere in die Steigerung der Arbeitsplatzqualität und der -produktivität sowie die Stärkung des sozialen Zusammenhalts fließen (Politikbereiche B, C und D).

In Bezug auf einzelne Instrumente wird daher unter anderem im Politikbereich D eine stärkere Fokussierung auf die Qualifizierung von älteren Arbeitnehmern, Frauen, ungelerten Arbeitskräften und Behinderten empfohlen. Zudem sollten vermehrt Maßnahmen gefördert werden, die direkt die Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen erhöhen. Neben der Finanz- sollte künftig die Kosten- und Qualitätskontrolle eine größere Rolle spielen, z.B. durch Weiterbildungsangebote für Verwaltungsmitarbeiter. Projektträger und Weiterbildungsmaßnahmen

sollten nicht nur auf der Bundes-, sondern auch auf der Länderebene zertifiziert werden. Vereinfachte Verwaltungsverfahren könnten den Zugang für neue Träger erleichtern.

Michael Rothgang, Jochen Dehio, Bernhard Lageman, Frank Schiemann, Karsten Schuldt et al. (2003), Evaluierung arbeitsmarktpolitischer Interventionen des Europäischen Sozialfonds – Zentrale Befunde der Halbzeitbewertung für Deutschland in der Förderperiode 2000–2006 (EPPD Ziel 3 und OP des Bundes Ziel 1). RWI: Materialien 3. RWI, Essen. Informationen: Rothgang@rwi-essen.de

Eingeworbene Forschungsaufträge

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen des Themenparks „O-Vision“ in Oberhausen. Forschungsvorhaben für die IHK Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu Essen. Ansprechpartner: Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz. Laufzeit: 6 Wochen.

Fiskalische Kosten der Zuwanderer. Projekt im Auftrag des Sachverständigenrats für Zuwanderung und Integration. Ansprechpartner: Dr. John P. Haisken-DeNew, Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz, Prof. Dr. Christoph M. Schmidt. Laufzeit: 3 Monate.

„E-Living“. Unterauftrag für das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.

Ansprechpartner: Dr. John P. Haisken-DeNew. Laufzeit: 8 Monate.

Regelmäßige Aktualisierung des RWI-Konjunkturmodells. Projekt für das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung. Ansprechpartner: Dr. Roland Döhrn und Dr. György Barabas. Laufzeit: 3 Jahre.

Umsetzungsbericht 2004 zum Klimaschutzkonzept NRW. Vorhaben für das Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung des Landes NRW. In Zusammenarbeit mit IFEU (Dr. Ulrich Höpfner). Ansprechpartner: Bernhard Hillebrand. Laufzeit: 4 Monate.

Vorträge und Konferenzen

Tagung zu Vertrauen und Unternehmensverhalten in Ost- und Mitteleuropa

Vertrauen als Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Entwicklungen war das Thema der internationalen Konferenz, die unter dem Titel „Trust and Entrepreneurial Behaviour in East and West European Economies – Concepts, Developments, Comparative Aspects“ Ende September in Bremen stattfand. Die Konferenz war zu-

gleich Schlusspunkt eines von der Volkswagenstiftung finanzierten Projekts, in dessen Rahmen die Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen und das RWI mit Partnern aus Großbritannien, Italien, Estland und Russland zwei Jahre lang die Rolle von Vertrauen in ökonomischen Beziehungen in Ost- und Westeuropa unter-

sucht hatten. Teilnehmer der Tagung waren mehr als 40 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland, England, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Dänemark, Russland, der Ukraine, der Slowakei, Estland und den USA.

Im Rahmen des Projekts wurden drei Arten von Vertrauen untersucht: persönliches Vertrauen (basiert auf eigenen Erfahrungen des Vertrauenden), kollektives Vertrauen (erschließt sich über branchenübliche Normen und Geschäftskonventionen) sowie institutionelles Vertrauen („unpersönliches Vertrauen“, beruht auf gesetzten Ordnungen, Normen und Vorschriften). Die Auswertung von Daten aus zwei Transformations- (Russland, Estland) und drei westeuropäischen Ländern (Deutschland, Großbritannien, Italien) zeigte, dass sich die oft geäußerte These von Marktwirtschaften als „high-trust“ Milieus und Transformationsländern als „low-trust“ Milieus nicht bestätigen lässt. Zudem ist es nicht möglich, durch eine einfache Kategorisierung verschiedener Beziehungen anhand der eingesetzten Art von Vertrauen –

persönliches, kollektives oder institutionelles – Rückschlüsse auf das Vertrauensniveau insgesamt zu ziehen. Auch dort, wo informelle bzw. persönliche Beziehungen dominieren, spielen – legale, kollektiv bekannte oder produktspezifische – Absicherungsmechanismen eine wichtige Rolle. Das wirft die Frage danach auf, ob Vertrauen im Wirtschaftsleben weniger „echtes“ persönliches Vertrauen darstellt als eher ein – aus Sicht des jeweiligen Unternehmers – kalkulierbares Restrisiko, das nicht abgesichert werden muss, in manchen Fällen wohl auch nicht abgesichert werden kann.

Der Konferenzband wird 2005 unter dem Titel „Trust and Entrepreneurship: A West-East Perspective“ im englischen Wissenschaftsverlag Edward Elgar erscheinen. Er wird aus 18 ausgewählten Beiträgen bestehen, Herausgeber sind Prof. Dr. Hans-Hermann Höhmann (Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen) und PD Dr. Friederike Welter (RWI).

Weitere Informationen zum Projekt finden sich auf der Projekt-Homepage („Projekte“, „Trust“) sowie unter e-mail: welter@rwi-essen.de

RWI bei der Jahrestagung des „Vereins für Socialpolitik“

Vom 30. September bis 3. Oktober fand in Zürich die Jahrestagung des „Vereins für Socialpolitik“ statt. Wie bereits in den vergangenen Jahren war das RWI auch in diesem Jahr neben wissenschaftlichen Vorträgen wieder mit einem Publikationstand vertreten. Viele Wissenschaftler informierten sich über die Veröffentlichungen des Instituts, die nach der Neuordnung des RWI mit einem frischen Layout überzeugen konnten. In Zürich wurde zudem erstmals die neue Organisationsstruktur der wissenschaftlichen Öffentlichkeit vorgestellt. Sie beinhaltet unter anderem, dass das Institut künftig nicht mehr in statische Forschungsgruppen, sondern in flexiblere Kompetenzbereiche

aufgeteilt ist (siehe dazu auch das Editorial der RWI : News Nr. 3/2003).



Standbetreuerin Sabine Weiler in Zürich

Publikationen

Wirtschaftspolitische Agenda für die Legislaturperiode 2002–2006

Der Band enthält die Beiträge einer Tagung, die das RWI im November 2002 gemeinsam mit dem Europäischen Zentrum für Staatswissenschaften und Staatspraxis der FU, HU und TU Berlin veranstaltet hat. Das breite Spektrum der Beiträge reicht von gesamtwirtschaftlichen Aspekten (Ullrich Heilemann: Schlechte Aussichten – Gesamtwirtschaftliche Perspektiven 2002–2006) über Arbeitsmarktpolitik (Gerhard D. Kleinhenz: Agenda für mehr Beschäftigung – Von Aktionismus zu einem stimmigen und nachhaltigen Konzept für den Arbeitsmarkt und die soziale Sicherung) und Finanzpolitik (Hans Dietrich von Loeffelholz: Konsolidierung des Staatshaushalts und öffentliche Infrastrukturinvestitionen – Finanzpolitische Agenda für diese Legislatur) bis hin zu Gesundheitswesen, Hochschul- sowie Verwaltungsreformen und demographischen Entwicklungen.

Im Sinne der Wissenschaftler sollen die enthaltenen Ein- und Aussichten als Prüfsteine bei der Beurteilung aktueller und künftiger Vorschläge dienen. Und das, obwohl das Fazit der Tagung nicht sehr optimistisch klingt: „Die Liste der unerledigten Aufgaben ist länger geworden, und die Klagen über Versäumnisse und Fehlentwicklungen [...] haben deutlich zugenommen.“

Heilemann, Ullrich und Klaus-Dirk Henke (Hrsg.) (2004), Was ist zu tun? – Wirtschaftspolitische Agenda für die Legislaturperiode 2002 bis 2006. RWI : Schriften 72. Berlin: Duncker & Humblot.



RWI : Materialien

(2) Hans Georg Buttermann und Bernhard Hillebrand, Klimagasemissionen in Deutschland in den Jahren 2005/07 und 2008/12. Essen 2003, 45 Seiten, 10 € (Print), unter www.rwi-essen.de/mat kostenlos als pdf-Down-load erhältlich

In Deutschland ist seit Beginn der neunziger Jahre eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen worden, mit denen eine Reduktion der klimawirksamen Spurengase erreicht werden soll. Eine besondere Bedeutung haben dabei die Klimavereinbarungen der Wirtschaft und die Vereinbarung zur CO₂-Minderung und KWK-Förderung.

Die Analyse baut auf diesem Maßnahmenbündel auf und versucht, auf Basis der bislang beobachteten Entwicklung und unter

Vorgabe von weltwirtschaftlichen, sektoralen und gesamtwirtschaftlichen Größen die CO₂-Emissionen und die der übrigen fünf Klimagasen für die nächsten zehn Jahre zu ermitteln. Der Vorgabe der EG-Richtlinie zum Emissionshandel entsprechend werden dabei zwei Budgetperioden, die Zeiträume 2005 bis 2007 sowie 2008 bis 2012, unterschieden.

Die Untersuchung schließt mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse und den daraus ableitbaren Konsequenzen für die Klimaschutzpolitik und die staatlichen Institutionen, die mit der Überwachung des Emissionshandels beauftragt werden sollen.

(4) Michael Fertig, Migration to Germany – Research Questions and First Results. Essen 2003, 24 Seiten, 5 € (Print), unter www.rwi-essen.de/mat kostenlos als pdf-Download erhältlich

Zunächst wird die Geschichte der Einwanderung nach Deutschland skizziert. Es folgt eine Darstellung des aktuellen Stands der Diskussion. Sodann wird drei Fragen nachgegangen: 1) Von welchen Faktoren wird die Entscheidung zur Migration beeinflusst? 2) Wovon hängt es ab, wie sich die Einwanderer wirtschaftlich entwickeln? und 3) Welche ökonomischen Wirkungen hat die Einwanderung für das aufnehmende Land und wie beeinflusst sie die Wahrnehmung von Ausländern?

(5) RWI (Hrsg.), Bürgerversicherung und Pauschalprämie – Stellungnahme zu den gesundheitspolitischen Empfehlungen der „Rürup-Kommission“. Essen 2003, 14 Seiten, 5 € (Print), unter www.rwi-essen.de/mat als pdf-Download erhältlich

Der Bericht der Regierungskommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme („Rürup-Kommission“) stellt zwei Modelle zur Finanzierung der Krankenversicherung gegenüber: die sog. Bürgerversicherung und das Modell der pauschalen Gesundheitsprämien mit staatlichen Transferzahlungen. Beide Modelle werden hier anhand von sechs Kriterien bewertet:

(1) Anreizmechanismen, (2) Stabilität bzw. Nachhaltigkeit, (3) Beschäftigungs- und Wachstumsfreundlichkeit, (4) soziale Gerechtigkeit, (5) administrativer Aufwand und (6) Anpassungsfähigkeit.

Dabei zeigt sich, dass das Pauschalprämienmodell dem der Bürgerversicherung überlegen scheint.

(6) RWI (Hrsg.), Nachgelagerte Besteuerung von Renten – Stellungnahme zum Entwurf eines „Alters-einkünftegesetzes“. Essen 2003, 17 Seiten, 5 € (Print), unter www.rwi-essen.de/mat als pdf-Download erhältlich

Die Stellungnahme geht ausführlich auf steuersystematische und -politische Gesichtspunkte der geplanten nachgelagerten Besteuerung von Renten ein. Die Entlastung der rentenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer durch steigende steuerliche Abzugsbeträge wird der Belastung der Rentner durch steigende steuerliche Erfassung der Renten gegenübergestellt. Laut den RWI-Berechnungen auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ergeben sich bei Anwendung des Gesetzentwurfs zwischen 2005 und 2010 im Saldo Steuermindereinnahmen für die öffentlichen Haushalte von 22 Mrd. €. Im Finanztableau zum Gesetzentwurf sind hingegen bisher nur 15 Mrd. € veranschlagt.

Transaktionskosten als wichtiger Faktor des Wettbewerbsföderalismus

Der Beitrag von Torsten Schmidt beschäftigt sich mit den institutionellen Bedingungen eines Wettbewerbsföderalismus in Deutschland. Er stellt die These auf, dass sich die gegenwärtige Struktur des deutschen Bundesstaates wesentlich dadurch erklären lässt, dass die Entscheidungsträger vor allem die Transaktionskosten ins Kalkül ziehen: sie wählen bei der Internalisierung regionaler Externalitäten zwischen den Gebietskörperschaften jeweils das Instrument aus, das ihrer Meinung nach

die geringsten Transaktionskosten verursacht.

Eine bundesstaatliche Reform, die auf mehr Wettbewerb zielt, sollte daher die Transaktionskosten stärker als bisher berücksichtigen.

Schmidt, T. (2003), Institutionelle Bedingungen eines Wettbewerbsföderalismus in Deutschland: Transaktionskosten stärker berücksichtigen. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 72 (3): 458–471.

Personalia

Leibniz-Nachwuchsförderpreis für Michael Fertig

Dr. Michael Fertig hat für seine Untersuchung „Germany as an Immigration Country – Empirical Evidence“ den Nachwuchsförderpreis 2003 der Leibniz-Gemeinschaft erhalten. Die Preisverleihung fand im Rahmen eines Festakts während der Mitgliederversammlung der WGL am 20. November 2003 in Nürnberg statt.

Der seit Oktober 2002 als Forschungsordinator im RWI tätige Volkswirt räumt in seiner Arbeit mit einer ganzen Reihe von Vorurteilen auf, die die deutsche Zuwanderungsdebatte prägen. Seine Analyse von Daten aus dem Mikrozensus von 1995 zeigt beispielsweise, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein typischer Zuwanderer der ersten oder zweiten Generation auf Sozialhilfe angewiesen ist, deutlich niedriger ist als bei einem Deutschen in vergleichbaren Lebensumständen.



Dr. Michael Fertig bei seiner Dankesrede

Bezüglich der Einstellungen von Einheimischen gegenüber Minderheiten (Ausländern und Juden) zeigt Fertig, dass letztlich nur die Ausbildung des Befragten in der Lage ist, einen statistisch signifikanten Erklärungsbeitrag hinsichtlich der Wahrnehmung von Minoritäten zu liefern (siehe Zusammenfassung in RWI : Materialien, Heft 4; www.rwi-essen.de/mat).

FGF/bifego Gründungsforschungspreis für Dirk Engel



von links: Dr. Dirk Engel, Dr. Patrik Berend (Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Stifter des Preises) und Prof. Dr. Josef Mugler (Vorsitzender der Preiskommission)

RWI-Wissenschaftler Dr. Dirk Engel hat den FGF/bifego Gründungsforschungspreis 2003 für seine Dissertation zum Thema „Venture Capital für junge Unternehmen“ erhalten. Der Preis wurde ihm im Rahmen der 7. interdisziplinären Jahreskonferenz zur deutschsprachigen Gründungsforschung verliehen, die am 6. und 7. November 2003 in München stattfand. Die während seiner Tätigkeit am ZEW angefertigte empirische Arbeit widmet sich der Erklärung der Marktentwicklung sowie der regionalen Konzentration von Ventu-

re-Capital-Aktivitäten und beschäftigt sich mit den Effekten der Venture-Capital-Finanzierung für die unternehmerische Ent-

wicklung. Sie erscheint demnächst in den ZEW Wirtschaftsanalysen des Verlags Nomos.

RWI-Präsident Schmidt ist neuer Sprecher der Leibniz-Sektion B

RWI-Präsident Prof. Dr. Christoph M. Schmidt ist für zwei Jahre zum neuen Sprecher der Sektion B der Leibnizgemeinschaft gewählt worden. In dieser Sektion sind die Institute aus den Bereichen Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften organisiert. Er hat damit die Nachfolge

des Direktors der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS), Prof. Dr. Peter Ph. Mohler, angetreten. Gleichzeitig ist Prof. Schmidt damit Mitglied des Präsidiums der Leibnizgemeinschaft.

Prof. Dr. Thomas K. Bauer

Prof. Bauer hat im Oktober 2003 den Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung an der Ruhr-Universität Bochum übernommen. Zuvor war er als Programm- und Projektdirektor im IZA, Bonn tätig. Geplant ist eine enge Kooperation des Lehrstuhls

mit dem RWI, deren Ausgestaltung in naher Zukunft konkretisiert wird.



bdvb-Hochschulgruppe zu Gast im RWI

Am 28. November besuchte die Hochschulgruppe Bochum des Bundesverbandes Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V. unter Leitung ihres Vorsitzenden Mar-

co Nussbaum und begleitet von bdvb-Präsidiumsmitglied Dr. Arno Bothe das RWI. Nach einer Vorstellung der Organisation und der Arbeiten des Instituts durch RWI-Präsident Christoph M. Schmidt wurde im Rahmen von zwei Präsentationen über die Auswirkungen der Liberalisierung des EU-Energiemarktes (Leitung: Bernhard Hillebrand) und die Zukunftschancen erneuerbarer Energien in Nordrhein-Westfalen (Michaela Bleuel) diskutiert. Das RWI setzt damit seine Tradition fort, mit Studenten und Schülern aktuelle wirtschaftspolitische Themen zu besprechen. Bei Interesse an einer derartigen Veranstaltung wenden Sie sich bitte an die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit.





Das siegreiche Team der Uni Duisburg mit dem Pokal.

Hallenfußballturnier 2003

Am 22. November fand das diesjährige Hallenfußballturnier des RWI statt. Neben zwei Mannschaften des RWI traten Teams der Uni Duisburg, der Uni Köln, des ZEW Mannheim sowie eine gemischte Gruppe mit dem klangvollen Namen „Rheinischer Frohsinn“ mit großem Einsatz gegen das runde Leder. Im Endspiel gewann das Team der Uni Duisburg mit 2:0 gegen die Mannschaft „RWI 1“. Die erfolgsverwöhnten RWI-Kicker mussten den Pokal daraufhin schweren Herzens aus der Hand geben, sind aber fest entschlossen, ihn im nächsten Jahr zurückzuholen.



Frohes Fest ...

Das RWI-Team wünscht allen Lesern eine schöne Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr!

RWI : News

Nr. 4/2003 (Dezember 2003)

Herausgeber: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen,
Tel.: 0201/81 49-0, Fax: -200, mail: rwi@rwi-essen.de
Alle Rechte vorbehalten

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.

Redaktion: Sabine Weiler (Tel. -213), Joachim Schmidt

ISSN 1612-3581